



Köln, den 02.12.2013

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
16. WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
16/1294**

A15

Stellungnahme zur Anhörung von Sachverständigen zu den Anträgen

„Verbraucherbildung in der Schule nachhaltig
und vielfältig gestalten!“

SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/3223

„Profilbildung des Realschulbildungsgangs stärken –
Fach ‚Wirtschaft‘ als verbindliches Schulfach einführen
FDP, Drucksache 16/3448

Sitzung des Ausschusses für
Schule und Weiterbildung
des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 11.12.2013

Zusammenfassung

Die **Verbraucherbildung** ist gegenwärtig vor allem in den Lehrplänen des Lernbereichs Arbeitslehre (an Haupt- und Gesamtschulen), im Fach Politik (Realschule), im Wahlpflichtfach Sozialwissenschaften sowie im Fach Politik-Wirtschaft am Gymnasium verankert. Eine Integration von Elementen der Konsum-, Ernährungs- und Gesundheitserziehung könnte Fähigkeiten einer selbstbestimmten und verantwortlichen individuellen Reproduktion ebenso fördern wie eine kritische Reflektion geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung. Das REVIS-Konzept wäre allerdings um soziale und politische Bezüge zu ergänzen, um nicht dem Individuum die alleinige Verantwortung zu übertragen. Eine Verschränkung ökonomischer Bildung und der Verbraucherbildung ist zwar sinnvoll und angebracht, greift aber zu kurz. Würde sie allein an den Denkschemata der Wirtschaftswissenschaft ausgerichtet, würden die gesellschaftliche Beeinflussung von Konsumententscheidungen, deren Folgen sowie auch die politischen Einflussmöglichkeiten nur unzureichend berücksichtigt. Auch das wirtschaftswissenschaftliche Studium widmet sich der Verbraucherbildung kaum. Entsprechend erscheint eine Verankerung im Rahmen eines sozialwissenschaftlichen Fachs sinnvoll, aber ebenfalls nicht ausreichend. Es wäre zu prüfen, welche Anreize gesetzt werden könnten, damit die Hochschulstandorte den in der LZV für Bildungswissenschaften vorgesehenen Profilbereich nutzen, um künftige Lehrkräfte für die Herausforderung der Verbraucherbildung auch in ihren unterschiedlichen Fächern zu sensibilisieren und zu befähigen.

Die **ökonomische Bildung** erfordert die Verankerung in einem Fach, aber nicht notwendigerweise als ein Fach. Da das Fach Politik an der Realschule Wirtschaft integriert, wäre es auch nach außen transparenter dieses Fach in Politik-Wirtschaft umzubenennen, anstatt Politik und Wirtschaft in zwei Minifächer zu separieren. Die mit dem Fach Wirtschaft erhofften Chancen könnten sich schnell als Trugschluss erweisen, wenn sich die gewünschte Profilierung für die Realschulen nicht als Profil, sondern als Verengung erweist, und die bloße Integration der Lehramtsstudierenden in das gegebene wirtschaftswissenschaftliche Studienangebot existierende Angebote ökonomischer Allgemeinbildung gefährdet. Selbstverständlich muss ökonomische Bildung auch ökonomische Analyseinstrumentarien nutzen, sie darf sich aber auch nicht auf Modelldenken beschränken oder die Entwicklung von Präferenzen oder Lebensstilen sowie wenig messbarer Faktoren ausblenden, die in den Wirtschaftswissenschaften traditionell zum nicht hinterfragbaren Datenkranz gehören, die aber für individuelle ökonomische Entscheidungen und Handlungen von hoher Bedeutung sind. Die Trennung der Sozialwissenschaften nach ihren Analysenperspektiven Soziologie, Politik- und Wirtschaftswissenschaft erscheint bildungstheoretisch fragwürdig vereinseitigend, während die Trennung nach ihren Gegenstandsbereichen Gesellschaft, Politik und Wirtschaft nur um den Preis der Willkür möglich ist. Damit würden wichtige Interdependenzen vernachlässigt, während die Gefahr grober Zerrbilder von Markt- versus Politikoptimismus resp. -pessimismus bestünde. In zwei Fächer verbannt würden die Fragen, wann der Koordinationsmechanismus Markt oder Politik angemessener wäre bzw. was eher der dezentralen Entscheidung überlassen, wozu zivilgesellschaftliches Engagement oder politische Regelungen erforderlich sind. Auch bergen zwei Minifächer die Gefahr die Förderung wichtige innovativer Problemlöse-, Urteils- und Mitgestaltungskompetenzen vernetzter demokratischer, sozialer und ökonomischer Ordnungen zugunsten institutionenkundlicher Modellannahmen in jenen sich auf ihren Kern beschränkenden Minifächern zu vernachlässigen. Auch das Prinzip der Nachhaltigkeit erfordert ein verantwortliches Abwägen zwischen ökonomischer Entwicklung, ökologischen Grundlagen und der sozialen inter- und intragenerationalen Gerechtigkeit. Dringlicher erscheint die Minderung des fachfremden Unterrichts in den Sozialwissenschaften, zumal NRW gute Voraussetzungen für die Profilierung eines Fachs Politik-Wirtschaft-Gesellschaft bietet. Auch das Wahlpflichtfach Sozialwissenschaften (Realschule) bietet eine interessante Kontur, die Gegenstandsbereiche Politik-Wirtschaft-Gesellschaft fachdidaktisch zu strukturieren statt bloß zu addieren. Wenn ein solches Fach mit einem mehrfachen Bildungsauftrag (politische, ökonomische, Verbraucherbildung und Berufsorientierung) beauftragt ist, stellt sich die Frage, ob ein Drittel des gesellschaftswissenschaftlichen Stundenkontingents diesem Anforderungsprofil gerecht wird.

1) **Sind die Grundlagen ökonomischer und verbraucherrelevanter Bildung Ihrer Auffassung nach besser im Rahmen eines Unterrichtsfachs „Wirtschaft“ oder im Rahmen eines Unterrichtsfachs „Verbraucherbildung“ zu vermitteln?**

- **Eine Verschränkung ökonomischer Bildung und der Verbraucherbildung ist sinnvoll und angebracht:** Für die Fachdidaktik der ökonomischen Bildung gehören die privaten Haushalte zu jenen zentralen Akteuren sowie die Verbraucher_innenrolle zu jenen zentralen Rollen, zu deren mündigen und verantwortlicher Ausgestaltung sie befähigen will. Insofern ließe sich die Verbraucherbildung grundsätzlich im Feld der ökonomischen Bildung sinnvoll einbetten. Diese Einbettung ermöglichte es zudem, die Verbraucher_innenrolle nicht künstlich von jener der Erwerbstätigen zu isolieren, sie gleichzeitig aber auch in ihrer Einbettung in die Wirtschaftsordnung zu verstehen und dabei das grundsätzliche Verhältnis zwischen Freiheit und Schutz angemessen abzuwägen.
- **Eine Beschränkung der Verbraucherbildung auf ökonomische Bildung greift aber zu kurz:** Die ökonomische Bildung greift aber zu kurz, wenn sie die Verbraucherrolle nur in ihrer Einbettung in Gütermärkte begreift. Vielmehr erfordert die Verbraucherbildung die Berücksichtigung der sozialen Einflüsse sowie der politischen Gestaltung. Auch die tüchtige Bewältigung des Lebensalltags sowie die kritische Reflexion erfordert mehr als eine Kenntnis der Verbraucherrolle in Marktzusammenhängen. Es sollte zu denken geben, dass Verbraucherbildung oder auch Konsumökonomie in klassischen wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen als Studienelemente gar nicht verankert sind.
- **In welchem Fach ökonomische bzw. verbraucherrelevante Bildung besser untergebracht ist, ist abhängig von der Konstruktion des Faches.** So können Wirtschaftsfächer sehr unterschiedlich ausgestaltet sein. Sie können sich einerseits an den Modellannahmen und Denkansätzen der Wirtschaftswissenschaft orientieren oder andererseits an den ökonomisch geprägten Lebenssituationen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Beides kann auch sinnvoll aufeinander bezogen werden und die ökonomische Betrachtungsweise kann die Perspektive erweitern.
- **Allerdings begründen vor allem wirtschaftsdidaktische Konzeptionen, die ein Fach Wirtschaft legitimieren wollen, dies mit den Besonderheiten des ökonomischen Denkansatzes.** Sie fokussieren deshalb auf die Besonderheiten des ökonomischen Denkansatzes (v.a. der ökonomischen Verhaltenstheorie und dem methodologischen Individualismus), auf Knappheitsbewältigung und Effizienz sowie den Wirtschaftskreislauf. Sie nehmen weniger die Entscheidungssituationen der Individuen in den Blick, da die Rahmenbedingungen der Lebenswelt zu komplex sind, um sie allein durch eine Wissenschaft zu klären. Rein ökonomisch ausgerichtete Konzeptionen neigen häufig dazu, das Individuum zu befähigen, den privaten Haushalt als Akteur im Wirtschaftskreislauf sowie seine Einbettung in Märkte zu verstehen, wobei die Notwendigkeit des Wirtschaftens zu begreifen und vor allem das Denken in relativen Knappheiten und Opportunitätskosten zu üben ist.
- **Wird die Verbraucherbildung in ein Fach Wirtschaft eingebettet, das allein an den Denkschemata der Wirtschaftswissenschaft ausgerichtet ist, wird die gesellschaftliche Beeinflussung der Konsumentscheidungen, deren Folgen sowie auch politische Einflussmöglichkeiten nur unzureichend berücksichtigt.**

2) **Das Prinzip der Nachhaltigkeit spielt für die gesellschaftliche Bewertung ökonomischen Handelns eine große Rolle. In welchem Maße sieht das Fach „Wirtschaft“ derzeit die Auseinandersetzung mit diesem Prinzip und seinen konkreten Anwendungsformen vor?**

- **Das Prinzip der Nachhaltigkeit erfordert ein verantwortliches Abwägen zwischen ökonomischer Entwicklung, ökologischen Grundlagen und der sozialen inter- und intragenerationalen Gerechtigkeit**, um die Bedürfnisse gegenwärtiger und künftiger Generationen zu berücksichtigen. Dies zielt auf (1) ein Problembewusstsein für ökologische und soziale Konsequenzen des eigenen ökonomischen Handelns, (2) die Erkenntnis der relevanten Ursachen sowie schließlich (3) ein angemessenes Abwägen und verantwortlichen individuelles sowie auch politisches Mitgestalten.
- **Ein Fach Wirtschaft kann wichtige Analyseinstrumentarien verfügbar machen, der ökonomische Denkansatz greift aber zu kurz:** Über die ökonomische Bildung können wichtige Analyseinstrumentarien verfügbar gemacht werden, um ökologisch-ökonomische Dilemmasituationen in ihrem Spannungsfeld zwischen individueller und kollektiver Rationalität aufzuklären und auch die Wirkung wirtschaftspolitischer Instrumente zu prognostizieren. Der ökonomische Denkansatz blendet aber die gesellschaftlich beeinflusste Veränderung von Präferenzen sowie die Entwicklung unterschiedlicher Lebensstile und differenzierter Konsummuster aus und berücksichtigt innovative Vorreiterrollen kaum.

3) **In welchem Umfang sind Aspekte der Verbraucherbildung bereits in den derzeit gültigen Curricula und im Rahmen der Lehrerausbildung verankert? Inwiefern sehen Sie hier Handlungsbedarf?**

- **Die Verbraucherbildung ist gegenwärtig vor allem in den Lehrplänen des Lernbereichs Arbeitslehre (an Haupt- und Gesamtschulen), im Fach Politik (Realschule), im Wahlpflichtfach Sozialwissenschaften sowie im Fach Politik-Wirtschaft am Gymnasium verankert.** Die zentralen Inhaltsfelder der Verbraucherbildung wurden dabei berücksichtigt (vgl. Anhang a):
 - Kriteriengeleitete Konsumententscheidungen,
 - Gesellschaftliche Beeinflussung und Einbettung in Märkte,
 - Gefahren des Haushaltsmanagements im Blick auf Überschuldung,
 - Verbraucherinformation, Verbraucherrecht und Verbraucherschutz,
 - ökologische und soziale Auswirkungen des Konsumentenverhaltens.Diese zentralen Felder sind im Kernlehrplan Politik an der Realschule gegenwärtig in höherem Maße berücksichtigt als im Kernlehrplan Arbeitslehre mit dem Schwerpunkt Wirtschaft für die Gesamtschule.
- **Die Verankerung der Verbraucherbildung im Rahmen des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums ist nicht selbstverständlich:** Wird das wirtschaftswissenschaftliche Angebot allein aus dem Angebot der Volks- und Betriebswirtschaftslehre bezogen, sind Fragen der Verbraucherbildung nicht zwangsläufig Gegenstand der wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung, da die Volkswirtschaftslehre das Konsumentenverhalten eher verkürzt und stark vereinfacht betrachtet, während der Erkenntniswert der Betriebswirtschaftslehre sich vor allem auf dessen Beeinflussung bezieht. Die Verbraucherbildung wird vor allem dann zum Gegenstand gemacht, wenn die allgemeinbildende Wirtschaftsdidaktik sich fachwissenschaftlich und fachdidaktisch in die Lehrerausbildung einbringt. Verbraucherbildung in der Fachwissenschaft finden sich vor allem im Rahmen politikwissenschaftlicher, wirtschaftssoziologischer oder auch wirtschaftspsychologischer Angebote.
- **Der in der LZV im Rahmen der Bildungswissenschaften vorgesehene Profilbereich ermöglicht es, Verbraucherbildung zumindest für eine breite Anzahl nichtgymnasialer Studiengänge verfügbar zu machen.** Die Standorte können diesen Bereich durch Angebote in Arbeitslehre, Berufswahl/Berufsorientierung, wirtschaftliches Handeln in Unternehmen und im Privathaushalt, Sozialpädagogik profilieren. Um die Hochschulen zu entsprechenden Profilbildungen zu bewegen, wären sinnvolle Anreize erforderlich.

4) **Mit der geforderten Weiterentwicklung des REVIS-Curriculums gewinnt die Konsum-, Ernährungs- und Gesundheitsbildung einen übergeordneten Stellenwert innerhalb der schulischen Bildungsziele; so sollen etwa die natur- und gesellschaftswissenschaftlichen Fächer „auf der Grundlage der von REVIS entwickelten Konzepte, des Referenzrahmens und den Bildungszielen“ überarbeitet werden. Wie rechtfertigt sich eine solche Priorisierung beispielsweise gegenüber kultureller oder historischer Bildung?**

- **Die Integration von Elementen der Konsum-, Ernährungs- und Gesundheitserziehung in andere Fächer priorisiert diese nicht, sondern fördert lediglich eine selbstbestimmte und verantwortliche individuelle Reproduktion:**

Da jedes Individuum seine eigene Reproduktion selbstbestimmt und verantwortlich bewältigen muss, diese Fähigkeiten aber angesichts der gesellschaftlichen Veränderung von Familien hier zunehmend begrenzter gefördert werden, kann es durchaus als Aufgabe öffentlicher Bildung angesehen werden, dieses Defizit zu kompensieren. Während die Förderung der Vollerwerbstätigkeit von Eltern ebenfalls im öffentlichen Interesse ist, besteht dies auch hinsichtlich der Förderung von Prävention. Wären dies aber die alleinigen Kriterien, würden öffentliche Probleme individualisiert und dem Individuum alleine überantwortet. Gleichwohl liegt die Erhaltung von Chancen einer selbstbestimmten Lebensgestaltung auch im Interesse der sich bildenden Individuen. Eine solche Überprüfung und Integration trägt insofern vor allem dazu bei, die Bewältigung persönlicher Lebenssituationen zum gleichberechtigten Bestandteil von Bildung zu machen und andererseits den Bildungsauftrag der unterschiedlichen Sachfächer zu erweitern.

- **Die Integration wichtiger Aufgaben privater Haushalte im Bereich Konsum, Ernährung und Gesundheit kann auch einen Beitrag zur Reflektion der traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung leisten:** Damit besteht die Hoffnung, die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die zur Reproduktion gesellschaftlicher Ungleichheit beiträgt, der Reflektion für Jungen und Mädchen gleichermaßen zugänglich zu machen.

5) **Wie lässt sich Wirtschaft als Pflichtfach einführen, ohne das Stundenkontingent für Schülerinnen und Schüler auszudehnen?**

- **Ohne Ausdehnung des Stundenkontingents sind wahrscheinlich die relevanten ökonomischen Anteile aus dem gesellschaftswissenschaftlichen Spektrum, vor allem aus dem Fach Politik, zu reduzieren, um sie in ein isoliertes Fach zu überführen, denn letztlich ist Wirtschaft bereits im Fach Politik verankert.** Wahrscheinlich wird auch das Wahlpflichtfach Sozialwissenschaften negativ betroffen werden, ob wohl es einen interessanten fachdidaktischen Ansatz vertritt, der eine sinnvolle Integration statt der üblichen Addition von Politik, Gesellschaft, Wirtschaft ermöglicht.
- **Angesichts der Interdependenzen von Politik und Wirtschaft erscheint es angemessen, das Fach Politik in Politik-Wirtschaft analog zum Gymnasium umzubenennen.** Die relevanten Inhaltsfelder an der Realschule unterscheiden sich kaum vom Fach Politik-Wirtschaft am Gymnasium. Würde das Fach umbenannt, würde nach außen und innen deutlich, dass wirtschaftliche Bestandteile in diesem Fach ihren Platz haben.
- **Die Doppelfunktion des Faches Politik-Wirtschaft-(Gesellschaft) wäre auch in seinem Anteil im gesellschaftswissenschaftlichen Fächerspektrum zu prüfen.** Werden die drei Perspektiven des Faches gewürdigt, bezieht das Fach zudem noch Verbraucherbildung und Berufsorientierung mit ein, erscheint ein Anteil von einem Drittel im gesellschaftswissenschaftlichen Fächerspektrums diesen Anforderungen nur unzureichend zu genügen.

6) **Welche Chancen und Gefahren sehen Sie einerseits bei einem eigenen Fach „Wirtschaft“ und andererseits bei dem Ansatz, fächerübergreifend und kompetenzorientiert vorzugehen?**

- **Die mit einem Fach Wirtschaft verbundenen Chancen zur Profilierung der Realschulen könnte sich schnell als Trugschluss erweisen:**
 - So existiert an Haupt- und Gesamtschulen das Fach Arbeitslehre, das integriert, aber auch isoliert nach seinen Bestandteilen Hauswirtschaft – Wirtschaft – Technik unterrichtet werden kann. Wirtschaft als Fach wäre also nichts Besonderes. Vielmehr muss es zu denken geben, dass es für Arbeitslehre in seiner Breite in NRW keine angemessene Lehrerbildung gibt und hier vor allem fachfremder Unterricht erfolgt. Die mangelnde Wertschätzung wird auch dadurch deutlich, dass die LZV für diesen Lernbereich lediglich auf die Option eines *Profilmoduls* im Rahmen des bildungswissenschaftlichen Studiums verweist.
 - Wenig nachvollziehbar erscheint es, warum sich die Realschulen mit Wirtschaft vor allem als vorgezogene Stufe der Berufskollegs für Wirtschaft und Verwaltung profilieren sollten, während sie sich nicht gleichermaßen für relevante Bereiche in Technik, Rechts-, Sozial- und Gesundheitswesen oder Ernährung und Hauswirtschaft profilieren. Folgt man diesen Überlegungen läge zwar ein Lernbereich Arbeit-Wirtschaft-Technik näher, wenn eine angemessene Lehrerbildung dafür gesichert wäre.
- **Die mit einem Fach Wirtschaft verbundene Hoffnung zur Verbesserung der Lehrerbildung könnte sich ebenfalls als Trugschluss erweisen und der ökonomische Allgemeinbildung langfristig mehr schaden als nützen.**
 - Wichtige für die Bewältigung ökonomisch geprägter Lebenssituationen relevante Inhalte, etwa Konsum in privaten Haushalten sowie Berufsorientierung, selbst Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik, Wirtschaftsethik oder auch die Geschichte ökonomischer Ideen, werden in heutigen ökonomischen Studiengängen kaum angeboten.
 - Angesichts der großen Zahlen an Studierenden, die wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge zu bewältigen haben, richten sie sich nur begrenzt auf die inhaltlichen Anforderungen der allgemeinbildenden Lehrerbildung für ein Fach Wirtschaft aus. Vielmehr wird in Betriebswirtschaftslehre die Perspektive der Unternehmen eingenommen – bei zentraler Fokussierung auf Kosten- und Leistungsrechnung sowie Investition und Finanzierung bei häufiger Marginalisierung von Personal und Marketing, während die Volkswirtschaftslehre ökonomische Prozesse vor allem aus der Annahme einer wohlförderungsfördernden Wirkung von Märkten mikroökonomisch beleuchtet und hochkomplizierte makroökonomische Modelle erzeugt, die ohne mathematische Vorkurse kaum zu bewältigen sind. Wengleich diese Perspektiven erkenntnistheoretisch berechtigt sind, erscheinen sie aus der Perspektive eines, sich in seiner ökonomisch geprägten Lebenswelt orientierenden Individuums einseitig.
 - Mit der Einrichtung eines Fachs Wirtschaft bestünde die Gefahr, dass die allgemeinbildende Wirtschaftsdidaktik auf Dauer eher abgebaut werden, da angesichts eines Faches Wirtschaft die Studierenden in jene kaufmännischen Studiengänge für Berufskollegs eingegliedert und die Wirtschaftsdidaktik jenen für die kaufmännischen Berufskollegs spezialisierten Erziehungswissenschaftlern überlassen werden würde.
- **Die ökonomische Bildung erfordert die Verankerung in einem Fach, aber nicht notwendigerweise als ein Fach.** Der Ansatz „fächerübergreifend“ und „kompetenzorientiert“ vorzugehen, stellt keine Alternative dar. Um eine angemessene Vorbereitung der Lehrkräfte zu gewährleisten, sollte die ökonomische Bildung *in einem* Fach verankert sein, nicht aber notwendigerweise *als ein Fach* (siehe auch die Analyse von Schlösser/Weber 1999 der Lehrpläne der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer am Gymnasium). Wird die ökonomische Bildung in einem Integrationsfach integriert, wäre es sinnvoll, analog der LPO vor 2003 einen Mindestanteil Wirtschaftswissenschaft in der LZV festzuschreiben.

7) **Welche Chancen und Gefahren sehen Sie einerseits darin, sich auf das Feld der Volks- und Betriebswirtschaft zu beschränken und andererseits ökonomische Zusammenhänge in Einbettung eines sozialwissenschaftlichen Kontexts zu vermitteln?**

- **Ökonomische Bildung würde zu Unrecht als ökonomische Bildung bezeichnet, wenn sie keine ökonomischen Analyseinstrumentarien einbringen würde, sie darf sich aber auch nicht auf Modelldenken beschränken.** Die Wirtschaftswissenschaften bieten Modelle und Analyseinstrumentarien zur Beschreibung ökonomischer Realität, zur Bewältigung von Knappheiten, zur Prognose von Auswirkungen der Wirtschaftspolitik und zur Analyse von Dilemmasituationen. Dies ist vor allem erforderlich, um die Chancen und Grenzen zu verstehen, die sich ergeben aus den wechselseitigen Abhängigkeiten über Arbeitsteilung, Tausch- und Marktbeziehungen sowie über die Funktionen, Beziehungen und Interessen der wirtschaftlichen Akteure. Hinzu kommt das Verständnis der Gestaltungsoptionen wirtschaftlicher Ordnungen über mikroökonomische Anreizeanalysen bzw. der Stabilisierung von Ungleichgewichten in Geld- und Güterkreisläufen über makroökonomische Analysen sowie letztendlich die Minderung der Verschwendung knapper Ressourcen über Kosten-Nutzen-Analysen. Allerdings besteht die Gefahr, dass das ökonomische Modelldenken für die Realität gehalten wird, so dass empirische Studien zu berücksichtigen, die Reichweite und Grenzen der Modelle kritisch zu reflektieren, die Auswirkungen auf unterschiedliche soziale Gruppen zu prüfen und Gestaltungsoptionen empirisch zu vergleichen sind, solle Modelle nicht als Geburtshelfer der Realität dienen.
- **Eine Beschränkung auf Volks- und Betriebswirtschaftslehre könnte die ökonomische Allgemeinbildung sogar gefährden:** Während es schon über die ökonomischen Grundkonzepte Unternehmen und Märkte wenig gesichertes Wissen gibt, werden die privaten Haushalte traditionell eher vernachlässigt. Über die wirtschaftspolitische Gestaltung existieren unterschiedliche Positionen. Die Ausrichtung der Betriebswirtschaftslehre auf die Herausforderungen des Unternehmensmanagements sowie das Erkenntnisinteresse der Volkswirtschaftslehre vor allem an Marktkoordination, vernachlässigt die individuellen Entscheidungsanforderungen der privaten Akteure. So betrachtet die Ökonomik zwar eine übergeneralisierte „Nutzenmaximierung“, vernachlässigt aber die Entwicklung von Präferenzen, Einstellungen oder auch jener wenig messbaren Faktoren in der wirtschaftswissenschaftlichen Analyse. Es existieren zudem erhebliche Zweifel, ob durch mehr wirtschaftswissenschaftliches Wissen bessere ökonomische Entscheidungen oder verantwortlicheres ökonomisches Verhalten zustande kommen.
- **Die Trennung der Sozialwissenschaften nach ihren Analyseperspektiven Soziologie, Politik- und Wirtschaftswissenschaft ist bildungstheoretisch fragwürdig, nach ihren Gegenstandsbereichen Gesellschaft, Politik und Wirtschaft nur willkürlich möglich:** Auch die Wirtschaftswissenschaften gehören zu den Sozialwissenschaften. Die Sozialwissenschaften unterscheiden sich heute weniger durch den Gegenstandsbereich, mit dem sie sich auseinandersetzen, sondern vor allem durch ihren Denkansatz bzw. ihre Analyseperspektive: so analysiert die Ökonomik mit der ökonomischen Verhaltenstheorie auch Familie, Ehe, Recht und Kriminalität, während die Soziologie auch Phänomene in Wirtschaft und Politik untersucht und die Politikwissenschaft sich vor allem den allgemeinverbindlichen Regelungen in und zwischen Gruppen widmet. Während also im Mikrobereich soziale, wirtschaftliche und politische Interaktion mit unterschiedlichen Akteurs- und Handlungstheorien untersucht werden, widmen sich im Makrobereich Institutionen- und Gesellschaftstheorien den sozialen, ökonomischen und politischen Ordnungen, die eng miteinander verflochten sind und unterschiedliche Perspektiven auf den Gegenstand liefern. Es sind gerade diese Interdependenzen zwischen sozialen ökonomischen und politischen Situationen und Ordnungen, die eine Trennung der Gegenstandsbereiche völlig künstlich werden lassen. So finden sich sogar kaum ökonomische Kategorien, die sich allein der Ökonomik zurechnen lassen.
- **Eine Trennung politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Bildung vernachlässigt wichtige Interdependenzen:** Gerade wenn die Fächer sich unter beschränkten Zeitressourcen auf ihren wesentlichen Kern beschränken „müssen“, muss der jeweilige Denkansatz eine dominante Perspektive einnehmen. Demgegenüber haben individuelle wirtschaftliche Entscheidungen gesellschaftliche

Folgen und werden auch von ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen beeinflusst. Eine der wirtschaftswissenschaftlichen Domäne verpflichtete

- Konsumentenbildung wäre versucht, den Knappheiten auf Gütermärkten bewältigenden kosten-nutzenkalkulierenden privaten Haushalt zu mehr Konsumentensouveränität auf Wettbewerbsmärkten zu verhelfen. Die gesellschaftlichen Einflüsse auf Konsumententscheidungen oder die Möglichkeiten dem individuellen Konsumenten über Verbraucherorganisation und Konsumentenpolitik ein größeres Gewicht zu verleihen, wären aus dieser Perspektive begrenzt relevant.
- Berufsorientierung könnte sich darauf konzentrieren, die Funktionsweise des Unternehmens als erweiterte Berufsorientierung nachvollziehbar zu machen, das Arbeitsangebot auf Märkten zu reflektieren, während die betriebliche Mitwirkung oder tarifliche Lohnbildung oder die Ansprüche des Individuums an gute Arbeit kaum noch zum Kern der Domäne zu rechnen wären.
- Wirtschaftsbürgerbildung könnte geneigt sein, die Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik vor allem unter Berücksichtigung der Funktionsweise von Märkten zu thematisieren, aber die Interdependenzen zwischen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft auszublenden: etwa die Zusammenhänge zwischen ökonomischen Prozessen und Ergebnissen einerseits sowie politischen Handlungsspielräumen und Gestaltungsmöglichkeiten im Blick auf Allokation und Distribution andererseits, die wiederum als Produktivkräfte zum einen ökonomische Prozesse und zum anderen der Kompensation der Folgekosten dienen sowie schließlich zwischen ökonomischen Krisen und Ungleichgewichten sowie Vertrauensverlusten in Wirtschaftsordnung und Demokratie.
- **Eine Trennung politischer und ökonomischer Bildung in zwei separierte Minifächer könnte problematische Zerrbilder zur Folge haben:** Wenn die Fächer Politik und Wirtschaft eine Fokussierung auf ihre zentralen Bestandteile vornehmen müssen, ließen sich leicht problematische Zerrbilder erzeugen: in dem einen Fach Marktvertrauen und Politikmisstrauen, Effizienz und Freiheit des Einzelnen, im anderen Fach Politikvertrauen und Marktmissstrauen sowie Gleichheit vor dem Gesetz und Solidarität mit den Schwächeren. Diverse Konzeptionen, die in den letzten vier Jahren die eigenständige Perspektive eines Faches Wirtschaft herausarbeiten, geben ein beredtes Zeugnis eines solchen, allein auf wirtschaftliche Akteure auf Märkten und einer auf Effizienz eingeschränkten Perspektive wirtschaftlichen Entscheidens. Genauso vernachlässigt aber auch die politische Bildung ökonomisch geprägte Lebenssituationen, indem sie sie nicht selten als nicht zum Kern der Politik gehörende „praktische Lebenshilfe“ disqualifiziert. In ihrer Beschränkung auf allgemeine Regeln des öffentlichen Lebens verhindert sie damit die Erkenntnis der Auswirkungen auf das Individuum. Entsprechend würde eine der politischen Bildung untergeordnete ökonomische Bildung vor allem die Herausforderungen der Bewältigung wirtschaftlicher Lebenssituationen nur eingeschränkt als ihre Aufgabe begreifen, ganz abgesehen davon, dass politische Bildner zum Teil dem ökonomischen Denkansatz erhebliche Bedenken entgegenbringen, wenn Wirtschaft vor allem als kritikwürdiger und problem erzeugender Lebensbereich begriffen wird, dessen Zählung und Zivilisierung der Politik obliegt. Zerrbilder wären auf beiden Seiten an der Tagesordnung, während ein sozialwissenschaftliches Fach vor allem dazu befähigen müsste, die Chancen und Grenzen von Markt und Staat als Koordinationsmechanismen herauszuarbeiten und auch die zivilgesellschaftliche Perspektive einzubeziehen.
- **Bei einer Trennung politischer und ökonomischer Bildung bestünde die Gefahr, die Entwicklung innovativer Problemlösekompetenzen zugunsten des Verständnisses von institutionenkundlichen Modellannahmen zu vernachlässigen und damit notwendige Mitgestaltungskompetenzen demokratischer und ökonomischer Ordnungen zu vernachlässigen.** Gerade die Versuche, den eigenen Kern zu fokussieren, haben in den letzten Jahren vermehrt abbilddidaktische fachdidaktische Konzeptionen gefördert, die eine problemorientierte Dimension des Lernens vernachlässigt. Im Zuge der Auseinanderentwicklung der Fächer und mangelnder gegenseitiger Kenntnisnahme der Lehrplanentwicklungen des jeweils anderen Faches bestünde die Gefahr, dass jene gesellschaftlichen Herausforderungen, zu deren Mitgestaltung alle Menschen befähigt werden sollten, ebenso

ausgeblendet werden (z.B. Umwelt- und Sozialpolitik, Markt- und Staatsversagen) wie jene individuellen Herausforderungen, zu deren Bewältigung jeder Mensch aufgerufen ist.

- **Statt mit zwei Minifächern auf disziplinspezifische willkürlich ausgewählte Spezifika zu fokussieren, Interdependenzen zu vernachlässigen und konkurrierende Zerrbilder zu erzeugen, wäre zunächst vor allem das Ausmaß an fachfremdem Unterricht in Sozialwissenschaften zu beseitigen.** In der Lehrerbildung in NRW bereitet das Fach Sozialwissenschaften gegenwärtig auf die Fächer Geschichte/Politik sowie Arbeitslehre an der Hauptschule, Gesellschaftslehre und Arbeitslehre an der Gesamtschule, Politik-Wirtschaft und Sozialwissenschaften am Gymnasium sowie Politik und Sozialwissenschaften an den Realschulen vor. Es ist gegenwärtig das Fach, das in viel höherem Maße als andere Fächer fachfremd unterrichtet wird – selbst in der Sekundarstufe I am Gymnasium. Die Prognosen zum Lehrerarbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen (3/2011) weisen im Fach Sozialwissenschaften sowohl in der Sekundarstufe I als auch der Sekundarstufe II im Gegensatz zu anderen gesellschaftswissenschaftlichen Fächern ein deutliches Unterangebot an ausgebildeten Lehrkräften aus. Auch die amtliche Schulstatistik weist Politik in der Sekundarstufe I als das Fach aus, in dem im Vergleich zu anderen Fächern mit großem Abstand der höchste Anteil fachfremden Unterrichts erteilt wird (Hauptschule 82,8 %, Real- und Gesamtschulen 60-61 % und Gymnasium 29,1 %, im Gegensatz dazu ist der Anteil unter 10 % bei allen anderen gymnasialen Fächern).
- **Integrationsfächer wie Politik-Wirtschaft sollten auch nach außen ihre Bestandteile deutlich machen.** Während an der Realschule das Fach Politik heißt, aber Wirtschaft integriert, heißt es am Gymnasium konsequent Politik-Wirtschaft. In den meisten anderen Bundesländern existieren mittlerweile solche Integrationsfächer, die der politischen und ökonomischen Bildung einen gleichberechtigten Stellenwert geben. Durch eine transparente und schulformübergreifende Bezeichnung eines Faches Politik-Wirtschaft-Gesellschaft ließe sich die Professionalisierung in dem Fach verbessern, sie ließe auch für Außenstehende erkennen, was das Fach beinhaltet, so dass der Etikettenschwindel fachfremden Unterrichts zunehmend gemindert werden könnte.
- **NRW bietet für ein profiliertes Fach Politik-Wirtschaft-Gesellschaft in allen Schulformen gute Voraussetzungen. Dieses Potenzial sollte genutzt werden, um ein Fach Politik-Wirtschaft-(Gesellschaft respektive Sozialwissenschaften) für alle Schulformen angemessen zu profilieren.**
 - Seit Jahrzehnten existiert in Nordrhein-Westfalen das Studienfach Sozialwissenschaften mit seinen gleichberechtigten Bestandteilen Soziologie, Politik- und Wirtschaftswissenschaften, die von Vorgänger LPOs noch in Anteilen festgeschrieben waren.
 - Für die Schule versuchen die beiden Rahmenvorgaben für politische und ökonomische Bildung einer einseitigen Dominanz vorzubeugen.
 - Während an den Hochschulstandorten zwischen 1980 und 2000 vor allem Wirtschaftsdidaktiker die Fachdidaktik vertraten, existieren heute an vielen NRW-Standorten Expert_innen sowohl für die ökonomische als auch für die politische Bildung.
 - Der Wirtschaftsdidaktiker Bodo Steinmann hat vor ca. 20 Jahren für das Wahlpflichtfach Sozialwissenschaften an der Realschule (1994) einen Lehrplan konzipiert, der zeigt, wie die Ansprüche der politischen und ökonomischen Bildung strukturiert durch eine fachdidaktische Perspektive ohne Zerrbilder angemessen realisiert werden können.

8) Welche Anforderungen an die Weiterentwicklung und Verankerung der Verbraucherbildung ergeben sich Ihrer Meinung nach aus dem Vergleich der Bundesländer bzw. der internationalen Forschung?

- Angesichts der Vielzahl von dynamisch sich entwickelnden Märkten, auf denen Verbraucher_innen tätig sind, stellt sich die Frage, in wieweit tatsächlich der mündige Verbraucher ein realistisches Leitbild darstellen kann, der in allen Konsum- und finanziellen Bereichen kompetent agieren kann.
- Neben den herkömmlichen Herausforderungen im Bereich des gegenwärtigen Haushaltsmanagements existieren durch die Liberalisierung der Telekommunikations- und Energiemärkte besondere Anforderungen im Bereich langfristiger Verträge.

- Bargeldloser und Virtueller Zahlungsverkehr erschweren die Übersicht über Einnahmen und Ausgabe, während sie gleichzeitig erhebliche Angriffsmöglichkeiten bieten.
- Die demographische Entwicklung, die Brüchigkeit sozialer Beziehungen sowie sich wandelnde dynamische Arbeitsmärkte erfordern zunehmend Entscheidungen mündiger Kunden im Blick auf Versicherungen und Altersvorsorge auf Märkten, die ebenso wie Bildungs- und Gesundheitswesen Vertrauensgüter anbieten, die sie weder vor noch nach Vertragsabschluss angemessen beurteilen können, um einem angemessenen Preis-Leistungswettbewerb angemessen zum Durchbruch zu verhelfen.
- Insofern verlangt heute eine angemessene Verbraucherbildung vor allem auch, Entscheidungsheuristiken zu entwickeln, aber auch ihre missbräuchliche Nutzung durch andere zu durchschauen, den eigenen Nutzen bestimmen und reflektieren zu können, in dem heutigen Überangebot der Konsumgesellschaft seine eigenen Bedürfnisse und deren Befriedigung sinnvoll ermitteln und bestimmen zu können, in der Informationsgesellschaft relevante Informationen zu bestimmen und unter Berücksichtigung von Kriterien für die Gestaltung des eigenen guten Lebens kriteriengeleitet abwägen zu können. Eine angemessene Verbraucherbildung verlangt angesichts der Vielfalt der Entscheidungsbedarfe aber auch Rat und die Hilfe von neutralen Beratungsinstitutionen in Anspruch nehmen, Verbraucherrechte durch Choice, Voice und Exit zum Ausdruck bringen sowie verbraucherpolitische Maßnahmen beurteilen, ggf. vielleicht beeinflussen zu können.
- Gerade angesichts des dynamischen Wandels auch der unterschiedlichsten Fallen für Verbraucher erscheint hier ähnlich – wie im Bereich der Berufsorientierung – die Kooperation mit unabhängigen Verbraucherorganisationen notwendig.

9) Wissenschaftliche Untersuchungen belegen immer wieder, dass die ökonomischen Kenntnisse von Jugendlichen und jungen Erwachsenen oftmals sehr gering sind. Teilen Sie die Einschätzung, dass diese empirischen Ergebnisse deutlich machen, dass neue Wege der Vermittlung beschritten werden sollen, wenn das bisherige Vorgehen offensichtlich nicht den gewünschten Erfolg erzielt hat?

Als Vorbemerkung sei gestattet, dass Klagen über mangelndes Wissen der Jugend ein Phänomen der letzten Jahrtausende sind und sich nicht auf Wirtschaftswissen beschränken.

- **Viele Studien, die defizitäres Wirtschaftswissen aufdecken oder mangelnde ökonomische Bildung nachweisen wollen, suggerieren, dass es sicheres Wirtschaftswissen gäbe, das zu besseren ökonomischen Entscheidungen und Handlungen befähigen würde. Auch mögen Defizite der Nachfrager von Finanzdienstleistungen von jenen der Anbieter ablenken und damit Regulierungsbestrebungen umlenken.** Die Studien werden vor allem von Finanzdienstleistern in Auftrag gegeben, um vor allem Einstellungen und Akzeptanzen zur Sozialen Marktwirtschaft und Globalisierung, zum Bankensystem und Wettbewerb sowie zu Unternehmensgewinnen oder zum Verhältnis zur individuellen Initiative bzw. sozialer Sicherung zu erheben. Gemäß des interessengeleiteten Erkenntnisinteresses werden dabei oft mathematische Kenntnisse, statistische Wahrscheinlichkeiten oder aktuelle Daten zur Inflationsrate und Beitragsbemessungsgrenze erhoben oder auch das Verständnis bestimmter Finanzprodukte ermittelt. Demgegenüber ermittelt der wirtschaftskundliche Bildungstest, inwiefern ökonomisches Lehrbuch- und Modellwissen in Situationen eingebettet richtig erkannt und gedeutet wird. Ob das erfragte Wirtschaftswissen für die jeweiligen individuellen Entscheidungssituationen dienlich, sinnvoll, erforderlich, notwendig und unumstritten richtig ist, wird nur selten hinterfragt. Was die Befragten tatsächlich wissen, denken, vermuten, können oder wollen, wird nicht gefragt.
- **Die Notwendigkeit ökonomische Kenntnisse und ökonomische Urteilskraft ist unbestritten, aber nicht ausreichend.** Schließlich müssen alle Individuen täglich ökonomische Entscheidungen treffen. Ihre Konsum-, Spar-, Kredit- oder Berufswahlentscheidungen können ihre Bedürfnisbefriedigung sowohl behindern als auch gefährden, wenn sie etwa dauerhaft über ihre ökonomischen Verhältnisse leben, wenn Überschuldung den Handlungsspielraum gefährdet, wenn ein wenig zukunftsträchtiger Beruf gewählt wird oder wenn bestimmte Lebensrisiken sich ereignen. Die indivi-

duellen Entscheidungen beeinflussen auch die Situation anderer und wirken sich auf die gesellschaftliche Wohlfahrt aus, während die gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen (Beschäftigungsstand, Inflation, Verfügbarkeit freier, privater und öffentlicher Güter, Arbeits- und Lebensbedingungen, nationaler und internationaler Wettbewerb) sich auch auf die individuelle Situation jedes einzelnen positiv wie negativ auswirken. Entsprechend sollten alle Individuen für sich selbst im Rahmen wirtschaftlicher Situationen entscheiden und handeln, aber auch urteilsfähig für ihre Mitgestaltung sein. Wenn dies selbstbestimmt, vernünftig, aufgeklärt und verantwortlich erfolgen soll, ist dazu ökonomische Orientierungs-, Entscheidungs-, Urteils- und Handlungskompetenz unabdingbar, aber nicht ausreichend, da die Lebenssituationen sich nicht allein durch eine Analyseperspektive fassen lassen.

10) Inwieweit solle aus Ihrer Sicht bei der Einführung eines Faches „Wirtschaft“ auch der Wunsch von Schülerinnen und Schülern, Eltern, Lehrerinnen und Lehrern, Schulleitung und ausbildender Wirtschaft Berücksichtigung finden?

- Wenn Schüler_innen, Eltern und Lehrer_innen sich ökonomische Bildung wünschen, weil sie hoffen, dass dies der Bewältigung persönlicher Lebenssituationen (Konsum, Vorsorge, Berufswahl, Einkommen) und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gerecht würde, ist das Interesse verständlich und nachvollziehbar. Wenn aber stark interessengeleitete Befragungen allein auf ein Fach Wirtschaft zielen, keine alternativen Verankerungen zur Wahl stellen oder nach alternativen Feldern wie Recht, Gesundheit oder Technik fragen, sind solche Befragungen vor allem eins: suggestiv. Aus der Perspektive einer ökonomischen Bildung, die rationale Entscheidungsfähigkeit fördern will, ist die Offerte einer scheinbar alternativlosen, informationsbefreiten und kostenlosen Option schon äußerst bedenklich. Wünsche lassen sich leicht formulieren, wenn unklar ist, worauf verzichtet werden muss oder alternative Realisierungsmöglichkeiten (z.B. Politik-Wirtschaft) gar nicht erst zur Wahl stehen.
- Warum lediglich die Interessen der ausbildenden Wirtschaft, die sich normalerweise auch um mangelnde Deutsch-, Mathematik-, Sprachen und naturwissenschaftlichen Kenntnisse sowie soziale Kompetenzen sorgt, nicht aber die Interessen von Arbeitnehmer-, Verbraucher-, Sozial- und Umweltverbänden berücksichtigt werden, ist in einer pluralistischen Gesellschaft schon ungewöhnlich. Diese könnten sich schließlich ebenso darum sorgen, dass in einem Fach Wirtschaft dominant eine ökonomische Effizienzperspektive gelehrt wird anstatt die Abwägungskonflikte zwischen Konsumentensouveränität und Konsumentenschutz sowie auch Ziel- und Interessenkonflikte zwischen ökonomischer Entwicklung, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit zu berücksichtigen.
- Schließlich ist es äußerst bedenklich, wenn ein Modellversuch durchgeführt wird, dessen relevante Grundlagen (wie etwa Kernlehrpläne / Entwürfe) den ausbildenden Hochschulstandorten ebenso wenig zur Verfügung gestellt werden wie – trotz Nachfrage – den zur Stellungnahme aufgerufenen Gutachter_innen. In dem Zusammenhang erscheint auch eine Zustimmung zu einem Fach, dessen Grundlagen gar nicht einsehbar sind, äußerst fragwürdig. Ohne einen solchen Einblick lassen sich leicht falsche Erwartungen an ein Fach Wirtschaft knüpfen, die nur begrenzt eingelöst werden, wenn etwa vorrangig von freiwilligen Interaktionen gleichberechtigter wirtschaftlicher Akteure ausgegangen wird, mögliche Unterlegenheiten oder Schutzbedürftigkeiten unterschlagen oder einfach nur wirtschaftliche Phänomene aus dem einen Fach isoliert und in ein anderes transferiert werden.

11) Von wissenschaftlicher Seite wird vielfach moniert, dass in übergreifenden Lernbereichen, in die der Erwerb ökonomischer Kenntnisse integriert ist, eine umfängliche Vermittlung ökonomischer Kenntnisse zwangsläufig nicht den benötigten Raum einnehmen kann, um Jugendlichen das benötigte Wissen zu vermitteln, das sich über Kenntnisse des Wirtschaftssystems bis hin zum Umgang mit Verträgen erstreckt. Wie bewerten Sie diese Kritik?

- **Lernbereiche sind dann nicht geeignet, wenn die diese unterrichtenden Lehrkräfte weder fachwissenschaftlich noch fachdidaktisch in ihnen ausgebildet sind.** Dies ist in Nordrhein-Westfalen vor allem dann der Fall, wenn etwa Gesellschaftslehre oder Arbeitslehre integriert zu unterrichten sind, dieser Unterricht im Falle Politik-Wirtschaft von einem Geschichtslehrer oder im Falle von Arbeitslehre mangels Ausbildungsstandort vom Klassenlehrer durchgeführt wird. Dass unter solchen Bedingungen trotz hohem Engagement der jeweiligen Lehrkraft die ökonomische und /oder auch politische Bildung auf der Strecke bleiben muss, ist nachvollziehbar.
- **Beim Fach Politik-Wirtschaft oder auch dem falsch benannten Fach Politik an der Realschule handelt es sich nicht um einen Lernbereich, sondern um ein Integrationsfach.** Für dieses Fach haben die Lehrkräfte Soziologie, Politik- und Wirtschaftswissenschaft studiert. Wie schon bemerkt, ist die fachdidaktische Perspektive entscheidend dafür, ob erstens relevante gesellschaftlich beeinflusste Lebenssituationen (z.B. Konsum, Beruf) und andererseits gesellschaftlich relevante Herausforderungen (z.B. demokratische, ökonomische, soziale, ökologische und internationale Entwicklung) ausgewählt werden, die Jugendliche bewältigen und die sie beurteilen und mitgestalten können sollen. Erhalten die Jugendlichen ein angemessenes Analyseinstrumentarium zur Analyse der Akteure, ihrer Beziehungen im Rahmen von gesellschaftlichen Ordnungen sowie ein sach- und wertorientiertes Urteilsinstrumentarium, können Zerrbilder vermieden werden, die zwangsläufig entstehen, wenn eine komplexe Lebenssituation oder eine gesellschaftliche Herausforderungen nur mit einer wissenschaftlichen Erkenntnisperspektive betrachtet wird. (Zu meinen Vorschlägen einer fachdidaktisch integrierten Perspektive auf einen gesellschaftlichen Lernbereich Politik-Wirtschaft siehe Anhang).

12) Welcher Handlungsbedarf besteht bezüglich einer Erweiterung des Angebots ökonomischer Bildung insbesondere an Realschulen?

- Im Fach Politik (2011) an der Realschule werden 12 Inhaltsfelder angeboten, davon einige mehrfach. Rechnet man diese Inhaltsfelder den Fachperspektiven in Wirtschaft und Politik zu, entfallen drei bis vier auf ökonomisch relevante Inhaltsfelder, zwei bis drei auf politisch dominierte Inhaltsfelder, sechs bis sieben eher auf interdisziplinär zu behandelnde Inhaltsfelder. Dies macht deutlich, dass die Bezeichnung des Faches mit Politik dies nur unzureichend charakterisiert. Konsequenter und transparenter wäre die Bezeichnung Politik-Wirtschaft-Gesellschaft.
- Auch im Wahlpflichtfach Sozialwissenschaften (1994) ergeben sich ähnliche Zuordnungen. Hier lassen sich drei Inhaltsfelder vor allem der Fachperspektive Wirtschaft zurechnen, zwei der Fachperspektive Politik und sechs interdisziplinären Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der gesellschaftlichen Entwicklung.
- Die Gegenüberstellung eher politischer und eher wirtschaftlicher Inhaltsfelder macht deutlich, dass erstens eine Trennung vor allem der interdisziplinären Felder nur künstlich erfolgen kann, während zweitens eine Separierung in genuine Gegenstandsbereiche wie Politik und Wirtschaft das Fach Politik marginalisieren würde, während die Zukunft der gesellschaftlichen Inhaltsfelder ungewiss wäre.
- Neben einer adäquaten Bezeichnung des Faches verbleiben Desiderate, die etwa eine deutlichere Fokussierung der beiden Themenfelder Grundlagen des Wirtschaftens und des Wirtschaftsgeschehens zum Gegenstand haben könnten oder eine angemessenere interdisziplinäre Ausrichtung des Inhaltsfeldes zur Globalisierung statt der Integration der ökonomischen Aspekte in die Grundlagen des Wirtschaftens und Wirtschaftsgeschehens.

- Positiv sei hier noch einmal verwiesen auf die gelungenen fachdidaktische Strukturierung des Lehrplans Sozialwissenschaften, der die Themenfelder auswählt im Blick auf individuelle Entscheidungsfelder des gesellschaftlichen Zusammenlebens und gesellschaftliche Entwicklungen als Herausforderungen gesellschaftlicher Gestaltung, um nach einer Analyse problematischer Ausprägungen Ursachen zu erschließen um dann nach Gestaltungsmöglichkeiten auf den Seiten des Individuums, sozialer Gruppen oder der Politik zu suchen. Es ist gerade der Charme dieser Konstruktion einer Vorgehensweise, die weder Individuum, Märkten noch Politik mit Verantwortungszumutung oder überzogenem Gestaltungspotenzial belegt und auf diese Weise unnötige Zerrbilder vermeidet und gleichzeitig kein vorweggenommenes kleines Betriebswirtschafts- oder Volkswirtschaftsstudium darstellt.

	Vorrangig Wirtschaft	Interdisziplinär	Vorrangig Politik
Politik 2011	2.+ 7.) Grundlagen des Wirtschaftens und Wirtschaftsgeschehens 10.) Beruf und Arbeitswelt	3.+8.) Ökologische Herausforderungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 4.+12) Identität und Lebensgestaltung im Wandel der modernen und globalisierten Gesellschaft 5.) Die Rolle der Medien in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 9.) Einkommen, Verteilung und soziale Sicherung 11.) Europäische und internationale Politik im Zeitalter der Globalisierung	1.+6.) Sicherung und Weiterentwicklung der Demokratie
Sozialwissenschaften 1994		Bereiche des Zusammenlebens	
	Konsum und Vorsorge Arbeit und Beruf / Berufswahlorientierung	Aufwachsen und Lernen Freizeitgestaltung Informationsgewinnung / Meinungsbildung	Mitgestaltung politischer Prozesse
		Entwicklung zur ...	
	- Wohlstandsgesellschaft	- technologischen Gesellschaft - sozialen Gesellschaft - multikulturellen Gesellschaft - internationalen Gesellschaft	- demokratischen Gesellschaft

13) Welcher Handlungsbedarf besteht bezüglich einer Erweiterung des Angebots zur Verbraucherbildung an den Schulen des Landes?

- **Es ist festzulegen, welche Fächer genuin zur Verbraucherbildung beitragen sollten, welche Fächer an welchen lebensnahen Beispielen Basiskompetenzen liefern können und welche Fächer ihren lebenspraktischen Bezug durch Verbraucherbildung (noch) besser profilieren können.**
 - Für das gesellschaftswissenschaftliche Feld eignet sich am besten das sozialwissenschaftliche Fach. Notwendig wäre ein naturwissenschaftliches Fach, im Blick auf Gesundheit vor allem Biologie.
 - Insbesondere in den Sprachen und Mathematik wären Aufgaben zu entwickeln, die die Entwicklung notwendiger Basiskompetenzen für die Verbraucherbildung an lebensweltnahen Beispielen entwickeln lassen.
 - Sowohl Kunst, Sport und Musik aber auch die Naturwissenschaften könnten durch Bezüge zur Verbraucherbildung ihre besondere Relevanz schärfen, etwa im Blick auf Produkttests, ihre Nutzung im Rahmen verkaufsfördernder Strategien oder auch die Förderung von Gestaltungsfähigkeit.
- **Angesichts der Dominanz von Unternehmen im Rahmen der ökonomische Bildung ist ein Gegengewicht durch Einbeziehung von Verbraucher-, Arbeitnehmer-, Umwelt- und Wohlfahrtsverbänden erforderlich.** Den Ausschluss von Unternehmen und ihrer Materien zu fordern, erscheint ein wenig naiv, vor allem wenn im Rahmen der Berufsorientierung Praxistage, Erkundungen und Prak-

tika zum notwendigen Standardrepertoire der ökonomischen Bildung gehören. Um der Imagepflege und der Verfügbarkeit von Unternehmermaterialien etwas entgegenzusetzen, bedarf es mindestens der politischen Unterstützung der Gegenöffentlichkeit durch weitere Akteure, etwa der Verbraucher-, Sozial-, Umwelt- und Arbeitnehmerverbände.

- In der Lehrerbildung ist eine Sensibilisierung gegenüber interessen geleiteten Materialien und die Einbeziehung lebensbedeutsamer Herausforderungen zur Bewältigung und Gestaltung des eigenen Lebens sowohl für den Produktions- als auch den Reproduktionsbereich in unterschiedlichen Fächern einzubetten, wofür die LZV einen Profildbereich – leider nur für die nicht-gymnasialen Schulformen ermöglicht. Hier wären Anreize zu kreieren, um diesen Bereich auch für die Verbraucherbildung zu profilieren.

14) Sind die im Projekt REVIS bestimmten Bildungsziele und Kompetenzen eine geeignete Grundlage für die Weiterentwicklung der Verbraucherbildung an Schulen?

Das REVIS-Projekt liefert einen Rahmen, bestimmt Bildungsziele, formuliert Kompetenzen und Standards, die auf Orientierung, Analyse, Verständnis, Urteil und Handlung setzen.

- Die ersten vier Ziele widmen sich der gesunden Ernährung und ihren Einflussfaktoren, ihrer möglichen Gestaltung und Zubereitung sowie einem ernährungsbezogenen Selbstkonzept. Diese Fähigkeiten erscheinen noch am ehesten im Rahmen von Hauswirtschaft oder Projekten bzw. Projektwochen realisierbar.
- Die anderen Bildungsziele setzen sinnvoll auf die klassischen Ziele der Verbraucherbildung, die zum Management eines Haushalts in Gegenwart und Zukunft (5), der Reflektion der gesellschaftlichen und ökonomischen Einflüsse auf die Konsumententscheidungen (6), der Wahrnehmung der Konsumentenrolle in rechtlichen Rahmenbedingungen (7), der eigentlichen kriterienorientierten Konsumententscheidungen (8) sowie zur Gestaltung eines nachhaltigen Lebensstils (9) befähigen will.
- Defizitär erscheinen die nur rudimentär vorhandene Einbettung in Märkte ebenso wie die mangelnde Berücksichtigung von Verbraucherorganisation und Konsumentenpolitik. Damit setzt das Konzept vor allem auf eine individuelle Befähigung der Konsumenten unter Vernachlässigung der relevanten Herausforderungen. So wird den Konsument_innen eine erhebliche Verantwortung zugemutet, ihnen aber gleichzeitig normative Vorstellungen zur Lebensgestaltung verordnet. Dies ist bildungstheoretisch mehr als fragwürdig.

Anhang

a) Zentrale Felder der Verbraucherbildung und curriculare Verankerung relevanter Kompetenzen

Felder	Kompetenzen	Arbeitslehre: Wirtschaft 2011	Politik 2011	Politik-Wirt- schaft 2007
		GS	RS	GY
Kriterien-geleitetet Konsumentscheidungen treffen	<ul style="list-style-type: none"> • benennen Ursachen für das Wirtschaften (Gy) • beschreiben die menschlichen Grundbedürfnisse und Güterarten (GY) • beschreiben wirtschaftliche Grundbegriffe (u.a. Bedürfnisse, Markt, Angebot, Nachfrage) und untersuchen diese in Bezug auf ihr eigenes wirtschaftliches Handeln (RS), • vergleichen und beurteilen unterschiedliche Ausgangsbedingungen und Handlungsweisen (Konsumieren oder Sparen) in Bezug auf das Taschengeld • unterscheiden zwischen Bedürfnis, Bedarf und Konsum; beurteilen anhand eines Haushaltsplans die finanzielle Umsetzbarkeit eigener Konsumwünsche; bewerten die eigenen Konsumwünsche und -entscheidungen im Hinblick auf Nutzen, Qualität sowie ökologische und soziale Folgen (GS), • beschreiben ökonomische, soziale und ökologische Auswirkungen des Kaufs und der Entsorgung ausgewählter Konsumgüter (u.a. Lebensmittel, Elektronikartikel, Textilien) im privaten Haushalt – und beurteilen ausgewählte individuelle Möglichkeiten und öffentliche Regelungen zur Ressourcenschonung und Emissionsvermeidung unter Berücksichtigung ökonomischer und ökologischer Aspekte. • beschreiben Kriterien für Einkaufsentscheidungen innerhalb der Familie (u.a. Preis, Qualität, Mode, Prestige, fairer Handel, konventionell vs. biologisch, gesund, umweltfreundlich) (RS) • erörtern kriteriengeleitet Einkaufsentscheidungen und vergleichen den eigenen Standpunkt mit dem anderer (RS) 	5/6	5/6	5/6
Beeinflussung von Konsumentscheidungen auf Märkten	<ul style="list-style-type: none"> • beschreiben exemplarisch Verkaufsstrategien von Unternehmen sowie deren Auswirkungen auf die Konsumentin bzw. den Konsumenten, beurteilen Verkaufsstrategien im Hinblick auf ihre beabsichtigten Wirkungen und ihren Einfluss auf das Konsumverhalten (GS), • identifizieren und bewerten in elementarer Form unterschiedliche Rahmenbedingungen, Rollen, Interessen und Verhaltensweisen von Unternehmen und privaten Haushalten in Marktsituationen auch vor dem Hintergrund der Konsumbeeinflussung (RS) • ordnen Marktsituationen und -prozesse (u.a. Preisbildung) sowie deren Akteure mit ihren unterschiedlichen Intentionen und Reaktionen in den Wirtschaftskreislauf ein (RS) • beurteilen exemplarisch Verhaltensweisen der am Wirtschaftsprozess Beteiligten in unterschiedlichen Marktformen (u.a. Monopol, Polypol) (RS) • erläutern die Grundprinzipien, Möglichkeiten und Probleme der Marktwirtschaft und beschreiben den Wirtschaftskreislauf sowie die Funktionen des Geldes (Gy) 	5/6	5/6	5/6
Geld, Kredit und Überschuldung	<ul style="list-style-type: none"> • erläutern zentrale Veränderungen und rechtliche Rahmenbedingungen im Zahlungsverkehr sowie grundlegende Funktionen des Geldes (RS), • erläutern die Rolle des Geldes als Tauschmittel (GY) • bewerten Chancen und Risiken unterschiedlicher Kreditformen (RS) • beschreiben exemplarisch an ausgewählten Fallbeispielen den Weg in die Überschuldung, bewerten exemplarisch Strategien zur Prävention von und zum Umgang mit Überschuldung (GS) • identifizieren Gefahrenquellen für eine Ver- und Überschuldung und vergleichen unterschiedliche Kreditformen hinsichtlich vorher festgelegter Kriterien (RS) 		5/6 7/8	5/6
Verbraucherrecht und Verbraucherschutz	<ul style="list-style-type: none"> • beschreiben rechtliche Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns im Bereich des Verbraucherschutzes und analysieren ausgewählte Verkäufer- und Käuferstrategien, (RS) • beurteilen Marktprozesse hinsichtlich der Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen (u.a. Verbraucherschutz, Rechte und Pflichten der Käufer, Verbot der Kinderarbeit) sowie der Umsetzung des Leitbildes der Nachhaltigkeit, (RS) • erläutern exemplarisch für Kinder und Jugendliche relevante Maßnahmen zum Verbraucherschutz und nennen Quellen für Verbraucherinformationen. (GS) • benennen ihre Rechte und mögliche Risiken als Verbraucherinnen und Verbraucher (GY) 	5/6	7/8	5/6
Ökologische und soziale Folgen des Konsums	<ul style="list-style-type: none"> • stellen Beispiele für die Bedeutung von Umweltschutz im Alltag dar (GY) • beschreiben den Zusammenhang zwischen Herstellungsbedingungen und Preisgestaltung, u.a. im Zusammenhang mit fairem Handel und Kinderarbeit (RS) • beurteilen ihr lokales Konsumverhalten im Hinblick auf dessen grundlegende regionale und globale Auswirkungen (RS) • unterscheiden zwischen qualitativem und quantitativem Wachstum und erläutern das Konzept der nachhaltigen Entwicklung (GY) 		5/6 7/8	5/6 7/9

b) NRW Lehrplan Realschule: Sozialwissenschaften 1994: 50:
2. Konsum und Vorsorge 2.1 Kauf von Konsumgütern, Sparen und Versichern

<i>Gegebenheiten/problematische Ausprägungen</i>	<i>Ursachen/Determinanten</i>	<i>Gestaltungsmöglichkeiten</i>
<p>Gegebenheiten Konsum, Sparen und Versichern als Ergebnis von Entscheidungsprozessen der Konsumentenschaft und Unternehmen und ihrer Abstimmung am Markt innerhalb staatlicher Rahmenbedingungen</p> <p>problematische Ausprägungen Einschränkung der Konsumentensouveränität durch die Verringerung der Chancen einer selbstbestimmten Lebensführung und Verschlechterung des aktuellen und zukünftigen Lebensstandard</p>	<p>Nachfrage-Entwicklung: Einseitigkeit und Vielfältigkeit der Informationen, Bedürfnisweckung und -steuerung durch manipulative Werbung und Verkaufstechniken</p> <p>Angebotsentwicklung: Ausmaß des Wettbewerbs/ Wettbewerbsbeschränkungen</p> <p>Einflußnahme des Staates / der Notenbank auf Nachfrage- und Angebotsbedingungen</p>	<p>individuelle Entfaltung durch weitgehende Planung von Käufen</p> <ul style="list-style-type: none"> • nach Informationsbeschaffung • nach Auseinandersetzung mit manipulativer Werbung und Verkaufstechniken <p>soziale Gestaltung durch abgestimmtes Verhalten von Verbrauchergruppen, unterstützt durch Verbraucherverbände</p> <p>gesellschaftliche Teilhabe an staatlicher Politik</p> <ul style="list-style-type: none"> • Förderung des Wettbewerbs • Verstetigung des Wirtschaftsablaufs • Erhöhung der verbraucherschützenden staatlichen Einflußnahme

c) NRW Lehrplan Gesamtschule: Wirtschaft 2011. Wirtschaften in privaten Haushalten, 5/6

<p>Inhaltliche Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Grundbedürfnisse des Menschen, - Konsumverhalten und Verkaufsstrategien - Verbraucherpolitik 	
<i>Sachkompetenz</i>	<i>Urteils- und Entscheidungskompetenz</i>
<ul style="list-style-type: none"> • unterscheiden zwischen Bedürfnis, Bedarf und Konsum, • beschreiben exemplarisch Verkaufsstrategien von Unternehmen sowie deren Auswirkungen auf die Konsumentin bzw. den Konsumenten, • beschreiben ökonomische, soziale und ökologische Auswirkungen des Kaufs und der Entsorgung ausgewählter Konsumgüter (u.a. Lebensmittel, Elektronikartikel, Textilien) im privaten Haushalt, • beschreiben exemplarisch an ausgewählten Fallbeispielen den Weg in die Überschuldung, • erläutern exemplarisch für Kinder und Jugendliche relevante Maßnahmen zum Verbraucherschutz und nennen Quellen für Verbraucherinformationen. 	<ul style="list-style-type: none"> • bewerten die eigenen Konsumwünsche und -entscheidungen im Hinblick auf Nutzen, Qualität sowie ökologische und soziale Folgen, • beurteilen anhand eines Haushaltsplans die finanzielle Umsetzbarkeit eigener Konsumwünsche, • beurteilen Verkaufsstrategien im Hinblick auf ihre beabsichtigten Wirkungen und ihren Einfluss auf das Konsumverhalten, • bewerten exemplarisch Strategien zur Prävention von und zum Umgang mit Überschuldung, • beurteilen ausgewählte individuelle Möglichkeiten und öffentliche Regelungen zur Ressourcenschonung und Emissionsvermeidung unter Berücksichtigung ökonomischer und ökologischer Aspekte.

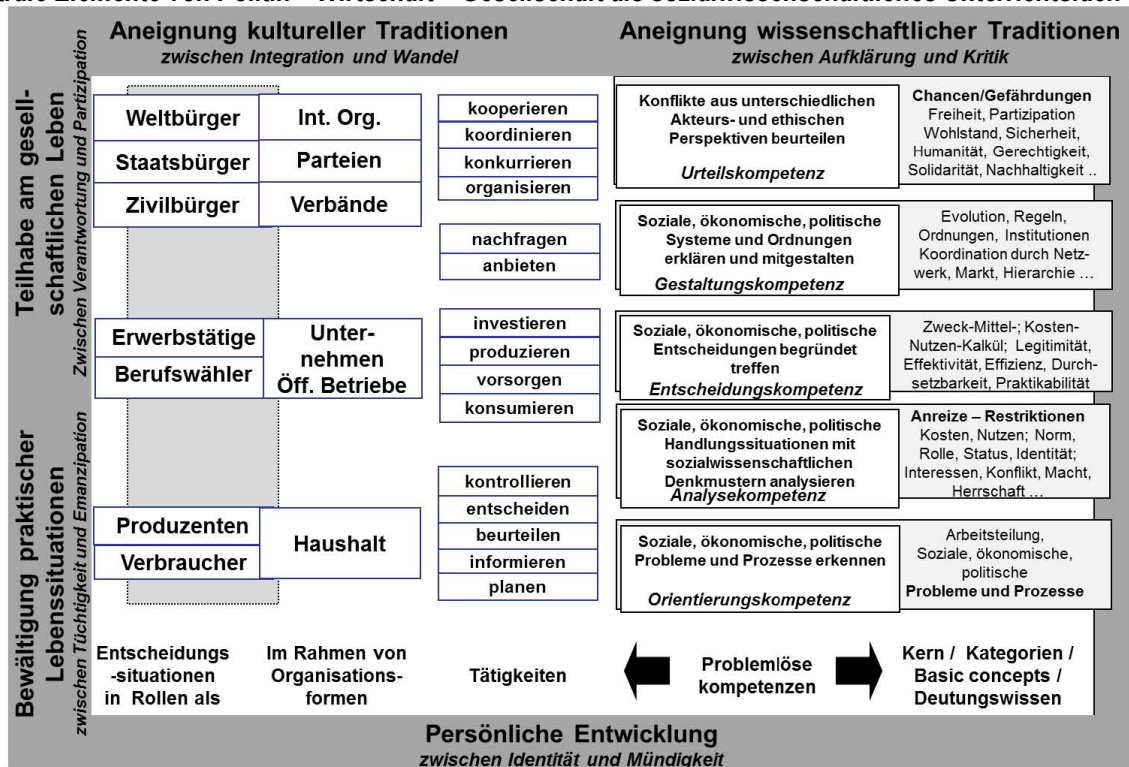
d) NRW Lehrplan Realschule: Politik Realschule 2011,
Inhaltsfeld 2: Grundlagen des Wirtschaftens und Wirtschaftsgeschehens

5/6 Inhaltliche Schwerpunkte: <ul style="list-style-type: none"> • Junge Menschen in der Konsumgesellschaft (u.a. Bedürfnisse und Bedürfnishierarchie, Funktionen des Geldes und Taschengeldverwendung sowie Konsum – Verbrauch – Nachhaltigkeit) 	
Sachkompetenz	Urteilskompetenz
<ul style="list-style-type: none"> • beschreiben wirtschaftliche Grundbegriffe (u.a. Bedürfnisse, Markt, Angebot, Nachfrage) und untersuchen diese in Bezug auf ihr eigenes wirtschaftliches Handeln, • erläutern zentrale Veränderungen und rechtliche Rahmenbedingungen im Zahlungsverkehr sowie grundlegende Funktionen des Geldes, • beschreiben Kriterien für Einkaufsentscheidungen innerhalb der Familie (u.a. Preis, Qualität, Mode, Prestige, fairer Handel, konventionell vs. biologisch, gesund, umweltfreundlich), • beschreiben den Zusammenhang zwischen Herstellungsbedingungen und Preisgestaltung, u.a. im Zusammenhang mit fairem Handel und Kinderarbeit 	<ul style="list-style-type: none"> • identifizieren und bewerten in elementarer Form unterschiedliche Rahmenbedingungen, Rollen, Interessen und Verhaltensweisen von Unternehmen und privaten Haushalten in Marktsituationen auch vor dem Hintergrund der Konsumbeeinflussung, • vergleichen und beurteilen unterschiedliche Ausgangsbedingungen und Handlungsweisen (Konsumieren oder Sparen) in Bezug auf das Taschengeld, • erörtern kriteriengeleitet Einkaufsentscheidungen und vergleichen den eigenen Standpunkt mit dem anderer, • beurteilen ihr lokales Konsumverhalten im Hinblick auf dessen grundlegende regionale und globale Auswirkungen
7ff- Inhaltliche Schwerpunkte: <ul style="list-style-type: none"> • Wirtschaftliches und unternehmerisches Handeln (Koordination von Angebot und Nachfrage am Markt, Funktionen des Marktpreises, Marktsituationen und -prozesse, Produktionsfaktoren) • Kaufverhalten, Verbraucherschutz, Rechte und Pflichten der Käufer, • Umgang mit Geld und Krediten (Anspruchs- und Konsumverhalten sowie Chancen und Risiken unterschiedlicher Kreditformen), • Soziale Marktwirtschaft und ihre Herausforderungen durch die Globalisierung 	
<ul style="list-style-type: none"> • ordnen Marktsituationen und -prozesse (u.a. Preisbildung) sowie deren Akteure mit ihren unterschiedlichen Intentionen und Reaktionen in den Wirtschaftskreislauf ein, • beschreiben rechtliche Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns im Bereich des Verbraucherschutzes und analysieren ausgewählte Verkäufer- und Käuferstrategien, • identifizieren Gefahrenquellen für eine Ver- und Überschuldung und vergleichen unterschiedliche Kreditformen hinsichtlich vorher festgelegter Kriterien, • analysieren die Bedeutung und die Herausforderungen des Globalisierungsprozesses exemplarisch für den Wirtschaftsstandort Deutschland. 	<ul style="list-style-type: none"> • beurteilen exemplarisch Verhaltensweisen der am Wirtschaftsprozess Beteiligten in unterschiedlichen Marktformen (u.a. Monopol, Polypol), • beurteilen Marktprozesse hinsichtlich der Einhaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen (u.a. Verbraucherschutz, Rechte und Pflichten der Käufer, Verbot der Kinderarbeit) sowie der Umsetzung des Leitbildes der Nachhaltigkeit, • bewerten Chancen und Risiken unterschiedlicher Kreditformen, • bewerten die globale Bedeutung individueller und gemeinschaftlicher ökonomischer Entscheidungen hinsichtlich ihrer Folgen.

e) NRW Lehrplan Gymnasium: Politik-Wirtschaft Gymnasium 2007

Sachkompetenzen	Inhaltsfelder und Schwerpunkte
<p>5/6</p> <ul style="list-style-type: none"> • erläutern die Rolle des Geldes als Tauschmittel, • beschreiben die menschlichen Grundbedürfnisse und Güterarten, • benennen ihre Rechte und mögliche Risiken als Verbraucherinnen und Verbraucher, • stellen Beispiele für die Bedeutung von Umweltschutz im Alltag dar, 	<p>Grundlagen des Wirtschaftens</p> <ul style="list-style-type: none"> • wirtschaftliches Handeln als Grundlage menschlicher Existenz • Grundbedürfnisse des Menschen (Bedürfnishierarchie) • junge Menschen in der Konsumgesellschaft/Konsumentensouveränität und Verkaufsstrategien • Geldgeschäfte als Tauschgeschäfte <p>Ökologische Herausforderungen für Politik und Wirtschaft</p> <ul style="list-style-type: none"> • Nachhaltigkeit gesellschaftlichen Handelns sowie ökologische Herausforderungen im privaten und wirtschaftlichen Handeln, wie z.B. Umgang mit Müll, Wasser u.a. <p>Chancen und Probleme der Industrialisierung und Globalisierung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Lebensbedingungen von Menschen in Industrie- und Entwicklungsländern, z.B. Kinder in Deutschland, Afrika und Südamerika
<p>7 bis 9</p> <ul style="list-style-type: none"> • erläutern die Grundprinzipien, Möglichkeiten und Probleme der Marktwirtschaft und beschreiben den Wirtschaftskreislauf sowie die Funktionen des Geldes, • analysieren Dimensionen sozialer Ungleichheit und Armutsrisiken in der gegenwärtigen Gesellschaft exemplarisch, • erläutern Grundsätze des Sozialstaatsprinzips und legen die wesentlichen Säulen der sozialen Sicherung sowie die Probleme des Sozialstaates (Finanzierbarkeit, Generationengerechtigkeit etc.) dar, • unterscheiden zwischen qualitativem und quantitativem Wachstum und erläutern das Konzept der nachhaltigen Entwicklung, • analysieren die Bedeutung und die Herausforderungen des Globalisierungsprozesses für den Wirtschaftsstandort Deutschland exemplarisch, • beschreiben die Chancen und Risiken neuer Technologien für die Bereiche Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 	<p>Grundlagen des Wirtschaftsgeschehens</p> <ul style="list-style-type: none"> • Markt und Marktprozesse zwischen Wettbewerb und Konzentration • die Funktionen des Geldes • Soziale Marktwirtschaft und ihre Herausforderungen durch die Globalisierung <p>Ökologische Herausforderungen für Politik und Wirtschaft</p> <ul style="list-style-type: none"> • quantitatives versus qualitatives Wachstum, das Prinzip des nachhaltigen Wirtschaftens • Innovationspotenziale ökologisch orientierter Produktion <p>Internationale Politik im Zeitalter der Globalisierung</p> <ul style="list-style-type: none"> • ökonomische, politische und kulturelle Folgen von Globalisierungsprozessen anhand ausgewählter Beispiele

Zentrale Elemente von Politik – Wirtschaft – Gesellschaft als sozialwissenschaftliches Unterrichtsfach



© BW

	Individuelle Entscheidungsfelder – Gesellschaftliche Herausforderungen	Gesellschaftliche Akteure, Koordination, Ordnungen, Institutionen	Sozialwissenschaftliche Denkschemata	Urteilkriterien
Mikroebene	Bedeutsame individuelle Entscheidungsfelder <ul style="list-style-type: none"> • Bedürfnisse / Interessen / Lebensgestaltung • Arbeit / Beruf / Erwerb • Konsum / Freizeit / Vorsorge • Politisches Engagement 	Akteure <ul style="list-style-type: none"> • Lebensgemeinschaften / Haushalte • Betriebe / Unternehmen • Gruppen / Verbände / Parteien • Massenmedien • Staat (Parlament, Regierung, Justiz) • Supra- und internationale Organisationen 	Analysemuster <ul style="list-style-type: none"> • Knappheit • Kosten-Nutzen • Anreize-Restriktionen • Normen-Traditionen • Status, Identität • Macht / Gewalt / Herrschaft / Kontrolle • Herrschaft • Konflikt –Konsens – Kompromiss • Legitimation 	Zielorientierte Urteilsmaßstäbe <ul style="list-style-type: none"> • Legitimität • Effektivität (Wirksamkeit) <ul style="list-style-type: none"> • Zielkonflikte • Interdependenzen • Nebenfolgen • Ambivalenzen / Risiken • Stabilität / Wandel / Dynamik • Effizienz (Kosten-Nutzenverhältnis) • Durchsetzbarkeit • Praktikabilität
Mesoebene		Koordination <ul style="list-style-type: none"> • Arbeitsteilung • Konkurrenz / Kooperation • Netzwerke • Markt • Hierarchie 	Modi der Erkenntnisgewinnung <ul style="list-style-type: none"> • Modelle • Empirie • Theorie • Ideologiekritik / Dekonstruktion 	
Makroebene	Kollektive gesellschaftliche Herausforderungen <ul style="list-style-type: none"> • Politische Entwicklungen (Demokratie, Emanzipation) • Ökonomische Entwicklungen (Krisen, Arbeitslosigkeit, Inflation) • Soziale Entwicklungen (Sozialstruktur, Ungleichheit, Armut) • Ökologische Entwicklungen (Umweltbelastung) • Internationale Entwicklungen (Frieden, Entwicklung, Migration) 	Ordnungen/ Institutionen <ul style="list-style-type: none"> • Politische Ordnung (Demokratie, Wahlen, Gewaltenteilung, Gesetz) • Wirtschaftsordnung (Marktwirtschaft) • Sozialordnung (Sozialstaat) • Rechtsordnung (Grundrechte, Verfassung) • Supranationale Ordnung (Europäische Integration) • Internationale Ordnung 		Wertorientierte Urteilsmaßstäbe <ul style="list-style-type: none"> • Humanität • Menschenwürde • Freiheit • Entfaltung • Partizipation • Wohlstand • Sicherheit • Solidarität • Gerechtigkeit • Gleichheit / Gleichberechtigung • Emanzipation • Nachhaltigkeit

© BW